



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 20. März 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-05-0009

Kinder schützen: Keine Impfung - keine KiTa - Antrag der Fraktion der Freien Demokraten vom 13.03.2019 -

Das Nicht-Impfen der eigenen Kinder wird in einigen Teilen der Gesellschaft zu einem gefährlichen Trend. Dabei gefährden Eltern nicht nur ihr eigenes Kind, sondern auch andere Kinder, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können. Die Argumentationskette gegen das Impfen von Kindern ist oftmals von Verschwörungstheorien, Esoterik und Unwahrheiten geprägt, die schulmedizinisch widerlegt sind. In den vergangenen Jahrzehnten konnten durch internationale Kooperation, Informationskampagnen und Pflichtimpfungen bereits Krankheiten wie Polio nahezu ausgerottet werden. Nach diesen Erfolgen müssen jetzt andere Krankheiten - wie beispielsweise die Masern - zurückgedrängt werden. Dazu müssen auch in Wiesbaden die geeigneten Maßnahmen ergriffen werden. Betreuungseinrichtungen sind ein klassischer Ort der Ansteckung durch die Übertragung von Viren oder Bakterien. Insbesondere hier müssen „nicht-impfbare“ Kinder daher ganz besonders geschützt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, die Vergabe von Plätzen in Wiesbadener Kinderbetreuungseinrichtungen künftig an das Vorhandensein eines ausreichenden Impfschutzes gemäß der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission der Robert-Koch-Instituts zu knüpfen, soweit für das jeweilige Kind keine Kontraindikation vorliegt.
2. Hilfsweise wird der Magistrat beauftragt, die Kindertageseinrichtungssatzung so anzupassen, dass die aktuell gültigen Kostenbeiträge verdreifacht werden. Bei Vorliegen eines kompletten Impfpasses oder ärztlicher Bestätigung der Kontraindikation ist ein Abschlag auf die Gebühren so zu gewähren, dass die reduzierten Gebühren denen der heute aktuellen Satzung entsprechen.

Änderungsanträge der SPD vom 20.03.2019:

I. In Nr. 1 wird wie folgt neu gefasst:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, zu prüfen, inwieweit die Vergabe von Plätzen in Wiesbadener Kinderbetreuungseinrichtungen künftig an das Vorhandensein eines ausreichenden Impfschutzes gemäß der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission der Robert-Koch-Instituts zu knüpfen geknüpft werden kann, soweit für das jeweilige Kind keine Kontraindikation vorliegt.

II. Der Antrag wird durch folgende Nr. 3 ergänzt:

3. Der Ausschuss fordert den Magistrat auf, über den Hessischen Städtetag eine bundeseinheitliche Impfpflicht zu erwirken.

Beschluss Nr. 0048

1. Der Magistrat wird aufgefordert, zu prüfen, inwieweit die Vergabe von Plätzen in Wiesbadener Kinderbetreuungseinrichtungen künftig an das Vorhandensein eines ausreichenden Impfschutzes gemäß der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission der Robert-Koch-Instituts geknüpft werden kann, soweit für das jeweilige Kind keine Kontraindikation vorliegt.
2. Der Ausschuss fordert den Magistrat auf, über den Hessischen Städtetag eine bundeseinheitliche Impfpflicht zu erwirken.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2019

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2019

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister